

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 7/4778 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/4170 -
Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Thüringer Haushaltsgesetz 2022 -ThürHhG 2022-)

Wissenschaftsstandort Thüringen statt Ideologie an Hochschulen stärken

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zur Änderung des Einzelplans 07 werden wie folgt geändert:

Kapitel	Titel	E/A	FZ	Stichwort	Beschlussvorlage	Ansatz AfD	+/-
07 69	111 05 (Neu)	E	133	Studiengebühren für Nicht-EU-Studenten	0	17.000.000	+ 17.000.000

Die Position führt zu Mehreinnahmen in Summe von 17.000.000 Euro und dient der Reduzierung der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage im Kapitel 17 16 Titel 359 01. Dort werden sie vollumfänglich für den Antrag "Verbesserung der Straßenbau-Infrastruktur sowie der Wasser- und Abwasserentsorgung" verwendet.

Begründung:

Die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studenten in Höhe von 1.500 Euro pro Semester ist Gegenstand einer Parlamentsinitiative (Drucksache 7/2794).

Die finanziellen Zuweisungen an die Hochschulen steigen seit Jahren, obwohl die Studentenzahlen insgesamt rückläufig sind. Diese Kostensteigerungen hängen insbesondere mit kostenintensiven Studiengän-

gen zusammen, welche besonders stark von ausländischen Studenten belegt werden. Auch andere Bundesländer gehen bereits diesen Weg.

Für die Fraktion:

Kießling